

DKP/Linke Liste zum Haushalt 2025

Mehr Geld für Städte und Gemeinden fordern

Ausgeglichen ist er nicht, der Haushalt für das laufende Jahr. Unsere Stadt hat - wie die meisten Kommunen - ein Einnahmeproblem. Die nach wie vor hohe und wachsende Verschuldung der meisten Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Stattdessen wird - jetzt wieder unter einem CDU-Kanzler und den „Merz-Gefälligen“ im Bundestag und Bundesrat - immer mehr Geld in die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gesteckt. Mit Sparen ist der städtische Haushalt weder auszugleichen noch nachhaltig zu sanieren. Wir halten deshalb die Forderung nach mehr Geld für die Kommunen für unverzichtbar. Nach wie vor ist es notwendig, dass unsere Stadt und die Kommunen unseres Landkreises gemeinsam mit dem Landrat mehr Geld für Städte und Gemeinden fordern und so ein Zeichen gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen setzen.

14 Millionen fehlen bei den Kitas

Allein bei den Kitas schlagen in diesem Haushalt 14 Millionen Fehlbetrag zu Buche. Dabei gibt es eine lange Warteliste und es fehlen Plätze und vor allem qualifiziertes Personal.

Bemühungen um einen „genehmigungsfähigen“ Haushalt durch Verzichten, Sparen und Streichen halten wir deshalb für den falschen Ansatz. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt - erst recht in Zukunft - teuer zu stehen. Nicht nur Geringverdiener werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Immer größeren Teilen der Einwohnerschaft wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Im Haushalt 2025 schlagen sich u.a. höhere Eintrittspreise beim Schwimmbad, höhere Parkgebühren am Badesee und höhere Gebühren bei der Musikschule nieder. Wir halten das für den falschen Weg. Deshalb haben wir zum Haushalt 2025 u.a. beantragt, mehr für Barrierefreiheit und bezahlbares Wohnen zu tun, die Grundsteuer B zu senken, Schritte zum Nulltarif in den Kitas zu gehen, stärker für Wochenmärkte und Stadtpass zu werben und die Stadtbüros in Walldorf und Mörfelden offen zu halten.

Kommunale Selbstverwaltung erhalten

Die DKP/Linke Liste lehnt die Aufgabe der Gemeinwohlorientierung der Stadt, jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und jede weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung ab. Die kommunale Infrastruktur ist auch

zur Integration der Menschen unverzichtbar, die als Flüchtlinge und Asylbewerber in unserer Stadt aufgenommen werden. Dazu gehört vor allem bezahlbarer Wohnraum im Eigentum der Stadt. Dafür wird mehr Geld gebraucht. Wir fordern deshalb:

- Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken, ohne die Bevölkerung noch mehr zu belasten;
- volle Kostenübernahme aller den Kommunen übertragenen Aufgaben, insbesondere für Bau und Unterhaltung von Kindertagesstätten und qualifiziertes Betreuungspersonal;
- Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden bei der Neuberechnung;
- Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung durch einen erhöhten Anteil an den Steuereinnahmen.
- Unterstützung der Kommunen durch zusätzliche Mittel für alle kriegs- und krisenbedingten Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen.

CDU will „Freiwillige Leistungen“ kürzen

Wir wollen nicht, dass unsere Stadt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entwickelt wird und die Signale weiter auf Abbau von Leistungen, Schließung von Einrichtungen und Verkauf öffentlichen Eigentums stehen. Wir streiten uns deshalb weder mit dem Stadtkämmerer - der einen nach seiner Ansicht „genehmigungs-

... immer mehr Kriege ... höchste Zeit

Täglich neue Kriegsberichte. Weltweit gibt es neue Auseinandersetzungen. Israel greift den Iran an, worauf auch Iran Raketen nach Israel schickt. Trump greift den Iran an. Die Lage eskalierte in der Ukraine, in Russland und im Gazastreifen. Es gab ukrainische Angriffe auf russische Atom-Bomber. Darauf folgten neue Angriffe auf ukrainische Städte. Die Rüstungsausgaben steigen gewaltig. Die Profite der Rüstungskonzerne schießen in die Höhe. Die Bundeswehr soll vergrößert werden. Eine neue Wehrpflicht soll eingeführt werden.

Die Welt brennt

Wer heute etwas zu diesem Thema schreiben möchte, kann jeden Tag neu anfangen. Die Bedrohung des Weltfriedens nimmt täglich zu. Der israelische Angriff auf den Iran ist eine gefährliche Eskalation sowie eine schwere Verletzung des Völkerrechts, die sich nicht mit „Selbstverteidigung“ rechtfertigen lässt.

Schon die Tage nach dem Überfall auf den Iran mit den angekündigten Racheakten und den Raketenangriffen aller Beteiligten zeigen: Nur Diplomatie kann die Probleme lösen.

Der Angriff Israels zeigt, dass die Regierung Netanjahu auf eine Strategie des permanenten Krieges setzt.

Diesem Vorgehen muss auch von Deutschland aus energisch widersprochen werden.

Panzer in Litauen

Am 22. Mai meldete die Bundeswehr auf ihrer Internetseite stolz: „Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ist ein deutscher Großverband dauerhaft im Ausland stationiert.“ An diesem Tag reisten Bundeskanzler Merz (CDU) und Verteidigungsminister Pistorius (SPD) in die litauische Hauptstadt Vilnius, um die im Aufbau befindliche Panzerbrigade 45 in Dienst zu stellen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellte dazu am 26. Mai fest: „Die deutsche Kampfbrigade in Litauen ist für den Krieg da, nicht für den Frieden.“ In seiner Rede vor den ersten 800 Soldaten der Brigade machte Kanzler Merz Litauen den neuen deutschen Führungsanspruch in der EU und der NATO beim Aufmarsch gegen Russland deutlich: „Wir nehmen die Verteidigung der Ostflanke selbst in die Hand“ und „Wer einen Verbündeten bedroht, muss wissen, dass das gesamte Bündnis gemeinsam jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen wird.“ Er krönte alles mit den Worten: „Der Schutz von Vilnius ist der Schutz Berlins.“ Verteidigungsminister Pistorius meinte: „Unsere Freiheit wird hier verteidigt.“ (Ein anderer SPD-Minister, Peter Struck, sprach einmal vom Hindukusch, wo unsere Freiheit verteidigt werden müsse.)

Kurz nach der Äußerung von Merz meldete „Reuters“: „Steigende Kurse bei den Rüstungswerten haben dem DAX eine neue Bestmarke beschert.“

„... ein Hund!

Ein Gespräch in Mörfelden: „Was hältst du eigentlich von Putin?“ Langsame und bedächtige Antwort: „Putin ist ein Hund!“ Aber andere Hunde sind immer näher gerückt und haben die Zähne gefletscht. Er hat zurückgebissen!“

Wer die Karten der Nato-Länder am Ende der Sowjetunion mit den heutigen vergleicht, versteht diese Aussage. Die Zahl der Nato-Staaten hat sich immer wieder vergrößert.

Man rückte immer näher an Russland heran.

Nach Beginn des Ukraine-Krieges gab es weitere neue NATO-Mitglieder.

Es gibt viele Kriegsverbrecher

Wir schicken Soldaten und moderne Waffen nach Litauen, damit der „Kriegsverbrecher Putin“ abgeschreckt wird, heißt es heute. Zu den „Kriegsverbrechern“ gehören viele US-Präsidenten, die Kriege begannen, sowie zweifellos auch der israelische Präsident Natanjahu.

Gleichschaltung

Lange vor dem schrecklichen Krieg in der Ukraine bemerkten wir aber schon die „totale Gleichschaltung“ der Medien. Wir sollten darüber nachdenken. Vor allem auch darüber, mit welcher Geschwindigkeit man heute Stimmungen erzeugen kann. Davon wird gerade auch die SPD betroffen.

Einige bekannte Sozialdemokraten haben ein Manifest veröffentlicht mit wichtigen Anstößen zur Friedenspolitik. Sofort wurden sie von der Parteispitze und den eigenen Ministern überschüttet von Vorwürfen und Unterstellungen.

Die Parteispitze hat dabei offenbar ihren früheren eigenen Bundeskanzler Helmut Schmidt vergessen. Sein Satz „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen,“ gilt auch heute noch.

Jeder der kritisch die momentane Lage bedenkt und Fragen stellt, wird oft sofort gefragt: „Bist du ein Putin-Freund?“

Der „Neue“

Außenminister Wadepuhl meinte: Russland werde „immer ein Feind und eine Gefahr für unsere europäische Sicherheit sein“.

Deshalb dürfte wohl auch für viele Politiker und Militärs die Stationierung von Taurus-Marschflugkörpern ab 2026 in der Ukraine selbstverständlich sein.

Die Bundeswehr soll „konventionell zur stärksten Armee Europas“ werden. Militärs träumen bereits von einer Armee von über 400.000 Männern und Frauen. Wehrpflicht ist programmiert.

Die Reichweitenbegrenzung für neue Raketen hat Merz bereits aufgehoben.

Diese Herangehensweise ist aber nicht mehr zu verantworten.

Werbung für Aufrüstung

Mit vielen Veranstaltungen und einer Fülle von Kriegsgerät nutzte die Bundeswehr auch in diesem Jahr den Hessestag für eine groß angelegte Werbeschau.

Im Rahmen eines fröhlichen Volksfests sollen Soldat:innen in Uniform ein Bild von der Armee als „normalem Arbeitgeber“ prägen. Mit ihrem Auftritt beim Hessestag zielte die Armee besonders auf Kinder und Jugendliche ab. Indem die Bundeswehr ihr Kriegsgerät als Abenteuerspielplatz arrangiert und selbst Kleinkinder auf Panzer klettern lässt, missbraucht sie kindliche Neugier und Technikbegeisterung.

So sollen Berührungängste vor militärischer Gewalt abgebaut werden.

Hier soll für das Kämpfen mit Waffen und für gewaltsame statt für zivile Konfliktlösungen begeistert werden.

Begleitet wird die Hochrüstung durch eine beispiellose Kampagne, um die Gesellschaft kriegstüchtig zu machen. Jugendoffiziere bekommen freien Zugang zu Schulen, das Gesundheitswesen wird auf Kriegstüchtigkeit umgestellt.

Besonders verwerflich ist die Ausbildung Minderjähriger an Waffen und die gezielte Werbung dafür bei Jugendlichen. Aktuell wird von der Bundeswehr jährlich allein für Nachwuchswerbung ein zweistelliger

für eine starke Friedensbewegung ...

Millionenbetrag ausgegeben. Obwohl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland bereits mehrfach aufgefordert hat, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben und die gezielte Werbung bei Jugendlichen einzustellen, werden immer noch – mit Einverständnis der Eltern – bereits 17-jährige in die Armee aufgenommen.

Raketen sind Magneten

Zum ersten Mal seit vierzig Jahren sollen unter dem US-Militärkommando in Wiesbaden Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden – Erstschlagswaffen mit einer Reichweite von 2.500 km, die Moskau und Sankt Petersburg erreichen können und atomar bestückbar sind.

Krieg ist Terror

In jedem Krieg gibt es tägliche Propaganda, und es wird gelogen. Man darf nicht alles glauben. Man darf nicht aufhören, selbst zu denken. Das betrifft alle Kriege und alle Kriegsparteien. Alles ist zu hinterfragen. Zur momentanen Stimmungsmache gehört auch das Litauen-Spektakel bei der Stationierung einer „robusten Truppe“, wie SPD-Minister Pistorius es nennt. In den Medien ist von einem „Truppenbesuch mit Volksfestcharakter“ die Rede.

Erinnern darf man sich auch

Litauen wurde von 1941 bis 1944 durch die Nazi-Wehrmacht besetzt und gehörte zum Reichskommissariat Ostland. In dieser Zeit wurden furchtbare Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung verübt. Allein aus Litauen wurden ca. 70.000 Menschen ermordet, die meisten von ihnen waren Juden aus der Stadt und der Region Vilnius.

Wenige wissen: Viele der litauischen Kriegsverbrecher flohen bei Kriegsende in den Westen und bezogen in der BRD ihre Rente.

Riesenhafter Kuchen

Der Zweite Weltkrieg entsprang, wie andere, dem Drängen nach Maximalprofit, nach Rohstoffgebieten und Absatzmärkten. Hitler fasste einmal diese Ziele gegenüber der Sowjetunion in die Worte: „Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesen-

haften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“.

„Lassen wir die Vergangenheit ruhen“

... meist hört man diesen Satz, wenn man davon spricht. Aber erinnern sollte man sich schon. Die Sowjetunion hat die Hauptlast getragen, als sie mit Westalliierten die Hitlerwehrmacht niederrangen und Europa vom Faschismus befreite.

Zbigniew Brzeziński, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater der USA:

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“

Keine Rechtfertigung

Der Einmarsch in ein anderes Land ist nicht zu rechtfertigen – auch nicht durch die Kette völkerrechtswidriger Kriege der NATO. Wer jedoch Zbigniew Brzeziński gelesen hat, versteht mehr über Hintergründe. Wer kann noch die Kriege aufzählen, die die USA in den letzten Jahrzehnten angezettelt haben!

Viele wissen heute, Kriege beginnen meist, weil es um Profite, Ressourcen, um Geschäfte geht.

Auch Karl Marx wusste es schon: Geld wird nur zu Kapital und damit zu Profit, wenn es investiert wird. Bleibt es im Tresor liegen, ist es zwar weiterhin Geld – aber faktisch wertlos.

Regime-Change ins Russland?

Da wäre wohl das Tor offen fürs große Kapital: Ein gewaltiges Land. Riesige Rohstoffvorräte. Gewaltige Ressourcen und Absatzmärkte. Sibirien wird bald auch noch auftauen – ungeheure Flächen, auch für die Landwirtschaft. Da schielt doch sicher auch der US-Deal-Maker hin.

Reden wir also nicht nur über die heute handelnden Personen, reden wir über das kapitalistische System und wie es funktioniert.

Die Leute bekommen langsam Angst

Wir dürfen ihnen diese Angst nicht nehmen. Es kann sich alles zu einem großen, alles vernichtenden Krieg entwickeln.

Die Bilder aus den aktuellen Kriegen sind jetzt schon schwer zu ertragen. Jeden Tag in den Nachrichten: der Gaza-Streifen, die Ukraine und die vielen anderen kriegerischen Auseinandersetzungen. Aktuell steht der Überfall Israels auf den Iran im Raum. Wenn man die Filme und Fotos sieht, darf man nicht vergessen, dass es meist die „kleinen Leute“ sind, die es trifft.

Die kapitalistische Rüstungsindustrie verdient sich hingegen dumm und dämlich. Es ist schwer, aber man muss jede Tageschau-Meldung hinterfragen! rh

**Der Krieg ist kein Gesetz
der Natur und der Frieden
ist kein Geschenk!**

**Es muss mehr Druck von
unten entwickelt werden.**

**Notwendig sind:
Diplomatie, Verhandlungen,
Stopp der internationalen
Waffengeschäfte.**

**Wir sollten die Erkenntnis
von 1945 nie vergessen:
„Nie wieder Faschismus,
nie wieder Krieg!“**

**Bekämpfen wir diejenigen,
die am Krieg verdienen!**

**Bekämpfen wir die
Oligarchen und
Großkapitalisten,
egal wie sie heißen
und welche Sprache
sie sprechen.**

„Reduziertes Gremium“ oder „Davon darf nichts in die Öffentlichkeit“

Die Notstandsgesetze ("Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes"), die 1968 gegen massiven inneren Widerstand ("außerparlamentarische Opposition") beschlossen wurden, sehen im Verteidigungsfall ein "Notparlament" vor. Damit ist, so erklärt es Tante Wiki: "ein reduziertes Gremium der ursprünglichen Parlamente gemeint, das in Notsituationen (Notstand, Ausnahmezustand), in denen die parlamentarischen Organe nicht rechtzeitig und/oder nicht vollständig zusammentreten können, deren Rechte teilweise übernimmt."

Ein "reduziertes Gremium" scheint vielen Leuten auch ohne Not ein willkommenes Mittel zu sein, um lästige Demokratie einzudampfen und "stundenlange Redeschlachten" (Stadtverordneter Werner Schmidt, SPD) zu unangenehmen Themen zu vermeiden.

Erst kürzlich wurde beschlossen, die Sitzungen der SVV nicht mehr auf

Video aufzunehmen und ins Internet zu stellen.

Warum?

Angeblich haben sich zu wenige Einwohner die Mühe gemacht, die Videos im Dschungel der städtischen Homepage aufzuspüren und sich ohne Inhaltsverzeichnis und Erklärungen darin zurechtzufinden. Das Beispiel der Partnerstadt Wageningen, wo man sich sehr schnell und sehr strukturiert die Redebeiträge der Ratsmitglieder im Netz herauspicken, ansehen und anhören kann, wurde unwillig vom Tisch gewischt. Auch hat man die Redezeiten in der Stadtverordnetenversammlung schon stark begrenzt – es ist ja nicht zumutbar, ständig mit den Argumenten der Opposition belästigt zu werden. Warum also nicht auch die Möglichkeit nutzen, die Anzahl der Stadtverordneten zu reduzieren? Ist ja schließlich auch billiger. Deshalb macht zur Zeit eine Mitteilung des Hessischen Städte- und Gemein-

debundes die Runde, der ohne Not darauf hinweist, dass noch bis zum 30.09.2025 die "Herabsetzung der Zahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter" per Hauptsatzungsänderung möglich sei.

Grundlage sei eine Gesetzesänderung durch das am 5.4.2025 neu in Kraft getretene "Gesetz zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften".

Das alles ergibt ein stimmiges Bild: Weniger ehrenamtliche Volksvertreter, weniger Redezeit, weniger Öffentlichkeit durch Streichung der Videoaufzeichnungen – das bedeutet letztlich Schwächung der Demokratie. Neubürgermeister Karsten Groß ließ es sich auch nicht nehmen, den Vorschlag des HSGB umgehend durch das Hauptamt herumreichen zu lassen.

Es müssen ja nicht gleich die Notstandsgesetze hervorgeholt werden, wenn dieser Staat ungestört durch demokratische Kontrolle im Ukraine-Krieg und anderen Kriegen mitmischen will.

Es geht auch mit kleinen Schritten "hintenrum".

Fortsetzung von Seite 1

fähigen“ Haushalt eingebracht hat – noch mit den anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung darum, wer unter den gegebenen Bedingungen den Mangel besser verwaltet. Schon gar nicht mit der CDU-Fraktion, die bei den „freiwilligen Leistungen“ 10 Prozent kürzen will. In diesem Haushalt ist an keiner Stelle zu erkennen, dass Anstrengungen unternommen werden, die Situation der Menschen in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern und es ist keine Orientierung auf politische Veränderungen zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt zum Nutzen der „kleinen Leute“ zu sehen.

DKP/LL hat den Haushaltsplan abgelehnt

Wir wollen, dass Wirtschaft und Verwaltung für die Menschen da sind – wie es z.B. in der Hessischen Verfassung steht – und dass sich der Haushalt an den Interessen der

Einwohner*innen orientiert, nicht in vorauseilendem Gehorsam an der „Genehmigungsfähigkeit“.

Nach mehreren Sitzungsunterbrechungen und peinlichem „Geschacher“ um Änderungsanträge wurde der Haushalt 2025 mit Zustimmung aus allen anderen Fraktionen beschlossen.

Brand bei ALDI – ein Vorbote? Gut dass die Feuerwehr in die Nähe zieht...

Beim ALDI hat's gebrannt. Am 21.Mai 2025 fing die Solaranlage auf dem Dach des alten ALDI-Lagers Feuer. Laut Hessenschau vom gleichen Tag waren Brandursache und Schadenshöhe "unklar". Das bereitet ein wenig Sorge, wenn man weiß, dass zu den ALDI-Neubauten unmittelbar daneben ein riesiges Kühlager gehört, dessen Kühltechnik mit großen Mengen gefährlicher Betriebsstoffe arbeitet.

Da ist es doch gut zu wissen, dass das neue Gerätehaus der Mörfelder

Wie der zukünftige Bürgermeister – der bis auf Weiteres auch Stadtkämmerer bleibt – und die anderen bis zur Kommunalwahl mit dieser Situation in den nächsten Monaten umgehen, kann noch spannend werden. Die DKP/Linke Liste hat als einzige Fraktion den Haushalt 2025 abgelehnt.

Feuerwehr demnächst in der unmittelbaren Nähe des neuen "guten Nachbarn" errichtet werden soll. Allerdings summen Gerüchte durch den Ort, nach denen sich dieser Feuerwehr-Umzug ein wenig verzögern könnte, weil es Schwierigkeiten beim Erwerb der dazu notwendigen Grundstücke gibt.

So mancher mag sich – so heißt es – nur unter Bedingungen von seinem Acker trennen, die für die Stadt schwer annehmbar sind. Aber das sind, wie gesagt, nur Gerüchte...

Niemand hat die Absicht, Bäume abzusägen...

sche Bahn nach dem Motto "Was geb' ich auf mein Geschwätz von gestern". Während der Bauarbeiten an der Lärmschutzwand wurden die Bäume auf dem Bahndamm noch aufwendig eingehegt und geschützt. Als die Wand stand und (fast) alles fertig war,



"Wir haben mit der Bahn abgesprochen, dass die Bäume am Bahndamm in Mörfelden stehen bleiben können" berichtete Altbürgermeister Thomas Winkler 2024 auf Anfrage. Eine Zeitlang schien es so, als ob die Bahn ihre Zusage einhalten würde. Aber man kennt derlei Zusagen ja schon von anderen Verkehrsunternehmen, wie z.B. von der Flughafen-Betreiber-Gesellschaft FAG (heute Fraport) zu Zeiten der Auseinandersetzungen um die Startbahn-West. Wie damals die FAG, so handelt heute auch die Deut-



kamen die Herren mit den Sägen. Warum? Man weiß es nicht. Eine Gefährdung des Bahnverkehrs haben die Bäume noch nie dargestellt, und nach dem Bau der Lärmschutzwand ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie einmal auf die Gleise fallen, noch viel geringer geworden. Warum also diese Abholzung? Es bleibt zu hoffen, dass die Stadtverwaltung bei weiteren Verhandlungen mit der Bahn auf Aufklärung und Schadenersatz pocht.

26. Parteitag der DKP in Frankfurt



Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP (Foto: Martina Lennartz)

Der wiedergewählte Parteivorsitzende Patrik Köbele zog in seinem Schlusswort eine positive Bilanz des 26. Parteitages, der von einer großen Einmütigkeit geprägt war. Patrik stellt aber auch fest: „Wir haben uns gestritten, und das ist auch gut so.“

Angesichts der Pläne der Herrschenden, 50 Prozent des Bundeshaushaltes für Aufrüstung und Krieg aufzuwenden, warnte Patrik vor einer bevorstehenden Armuts- welle: „Sie werden uns an die Gurgel gehen.“ Dagegen müsse der Widerstand, der Klassenkampf, organisiert werden.

blickpunkt jugend



Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden, da sind sich alle großen Parteien einig. Die AfD beantragte dies bereits 2020, die CDU forderte

die Aufgabe der Bundeswehr sehr deutlich, als er sagte, dass im Notfall auch militärische Einsätze notwendig seien, „um unsere Interessen zu

wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Die Bundeswehr verteidigt die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Imperialismus. Für Einsätze auf aller Welt, von Afghanistan über Mali bis Bosnien-Herzegowina und ins Mittelmeer braucht es eine Armee von gut ausgebildeten BerufssoldatInnen, die schnell einsatzbereit ist. Die Anzahl der eingezogenen Wehrpflichtigen war deshalb schon vor der Aussetzung der

rutiert zwar jedes Jahr mehr Kinder-soldatInnen für die Armee, dennoch sinkt die Zahl der BewerberInnen insgesamt. Zugleich rüstet Deutschland jedoch für einen großen Krieg, auch auf europäischem Boden. Denn der deutsche Imperialismus will seine Position im internationalen Konkurrenzkampf halten und ausbauen.

Aber während die Wirtschaft insbesondere von China und Indien wächst, befindet sich die deutsche Wirtschaft das dritte Jahr in Folge in der Rezession.

Die Position Deutschlands und der NATO-Staaten soll im Zweifel in einem großen Krieg militärisch verteidigt und ausgeweitet werden. Wer aber einen großen Krieg auch auf europäischen Boden führen will, dem reicht keine spezialisierte Berufsarmee, der braucht, gerade wenn die USA ihre Drohung wahr machen und sich zunehmend militärisch aus Europa zurückziehen, zusätzlich große Bodentruppen, der braucht die Wehrpflicht.

Die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ist also keine Abkehr von spezialisierten, gut ausgebildeten und schnell einsetzbaren Truppen der Bundeswehr, sondern eine Ergänzung.

Der Kampf um die Köpfe

Doch bei der Wiedereinführung der Wehrpflicht geht es nicht nur um Personalprobleme.

Wer zu einem großen Krieg rüstet, der braucht eine Gesellschaft, die den Krieg und die Bundeswehr unterstützt, ob an der Waffe oder in der Produktion im Hinterland. Deshalb will Boris Pistorius (SPD, „Verteidigungs“minister) die gesamte Gesellschaft kriegstüchtig machen.

Mit der Wehrpflicht soll die Bundeswehr wieder tiefer in der Gesellschaft verankert werden. Damit sollen Jugendliche zu kritiklosen Befehlsempfängern erzogen werden – und im Zweifel für wirtschaftliche Interessen im Krieg sterben und auch gegen "Unruhestifter" im eigenen Land kämpfen.

Gekürzt aus: POSITION – Magazin der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ).
Kontakt: info@sda-j-netz.de



vor einem Jahr auf ihrem Parteitag die schrittweise Wiedereinführung. Im November brachte dann die Ampel-Regierung einen Gesetzesentwurf auf den Weg. Beschlossen wurde der „Neue Wehrdienst“ noch nicht.

Doch die Wehrpflicht wird kommen – ebenso wie weitere Milliarden für Aufrüstung. Wir sollen kriegstüchtig gemacht werden, und wir sollen Wehrdienst leisten.

Die Aussetzung der Wehrpflicht

Ausgesetzt worden war die Wehrpflicht im Jahr 2011. Nachdem die Bundeswehr seit 1990 auf aller Welt Kriege führt, brauchte es eine andere Armee. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler benannte

Wehrpflicht deutlich zurückgegangen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde die Bundeswehr also vollständig auf eine spezialisierte Berufsarmee umgestellt.

Personalprobleme bei der Bundeswehr

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht klagt die Bundeswehr über Personalmangel – und das trotz immer aggressiverer Werbung auf Trams, an Schulen und auf Messen, trotz gut bezahlten NC-freien Studiengängen, trotz besserer Vergütung als beim FSJ oder in der Ausbildung. Die Bundeswehr nutzt den Ausbildungsplatzmangel und die Jugendarbeitslosigkeit aus, um Jugendliche zu gewinnen. Die Bundeswehr rek-

Kommission zur Abwehr des Fluglärms:

Vorgestelltes geändertes Betriebskonzept für Flughafen Frankfurt stellt schweren Vertrauensbruch dar

Mit Bestürzung nimmt der Vorstand der Fluglärmkommission Frankfurt die völlig überraschende Vorstellung eines neuen Betriebskonzepts durch Fraport und DFS zur Kenntnis. Die am 4. Juni 2025 – nur sechs Tage nach der regulären 280. Sitzung der Kommission – ohne jede Vorankündigung präsentierten Pläne sehen eine substanzielle und deutliche Ausweitung der Nutzung der Nordwest-Abflugrouten bei steigendem Verkehrsaufkommen vor.

„Das ist ein tiefgreifender Bruch mit den Prämissen, auf denen der Ausbau des Flughafens rechtlich und politisch beruhte“, erklärt Paul-Gerhard Weiß, Vorsitzender der Fluglärmkommission und Stadtrat der Stadt Offenbach. „Die zugesagte Vermeidung einer Doppelbelastung der am stärksten betroffenen Kommunen war eine wichtige Säule der damaligen Entscheidung. Dass diese nun einseitig aufgegeben werden sollen – ohne die Betroffenen einzubezie-



hen oder auch nur zu informieren – stellt einen schwerwiegenden Vertrauensbruch dar“.

Unser Redaktionsmitglied Jossy Oswald kommentiert:

Der Flughafen kriegt den Hals nicht voll!

Am Montag, den 16. Juni trafen sich spontan etwa 100 BürgerInnen teils mit ihren kommunalen Vertretern am Flughafen, um gegen diese erneute Intensivierung des Luftverkehrs und die Verlärmung über ihren Kommunen zu protestieren. Alle betonen, dass aus den scheinbar Wenigen wieder ganz Viele werden können, wenn dem Flughafen nicht Einhalt geboten wird. Mehr noch: Sie stellten die

Betriebsgenehmigung für die Nordwest Landebahn infrage und bezichtigten Fraport der Lüge. Der Flörsheimer Bürgermeister ließ ein Schreiben vortragen, um den Protest seiner Kommune deutlich zu machen (er konnte nicht selbst an unserer Protestversammlung teilnehmen, weil er mit den Fraktionsvorsitzenden weiteren kommunalen Protest organisierte und rechtliche Schritte gegen die unverschämte Fraport Ankündigung prüfte). Wir sind es leid, uns in der Rhein-Main Region mit den ständigen profitorientierten und gesundheitsschädlichen Unwahrheiten der Fraport herumzuschlagen. Ein Teilnehmer brachte es auf den Punkt: Der Ausbau des Flughafens seit dem Bau der Startbahn 18 West wurde gegen den Willen einer ganzen Region durchgesetzt (teils brutal, und teils ‚erkauft‘). Der Flughafen ist kein guter Nachbar! Nicht umsonst ist die Krebsrate durch Ultrafeinstaub in der Rhein-Main Region überproportional hoch, von der Verlärmung bis zum ständigen Landraub durch Waldverlust wollen wir gar nicht reden.

Ach du je - Ratten!

Seit längerer Zeit wird immer wieder das vermehrte Auftreten von Ratten in den Wohngebieten unserer Stadt gemeldet. Ein Schwerpunkt ist dabei die Mörfelder Altstadt und die nähere Umgebung des Geräthsbachs. Auf einigen Grundstücken nagen die Ratten Gegenstände an, halten sich in Gärten auf, nisten sich in und unter Garagen, Schuppen oder Gartenhäusern ein. Hauskatzen bringen Ratten als „Geschenke“ nach Hause, Ratten dringen auch mal über verschiedene Wege in Wohnhäuser ein. In dem betroffenen Bereich befinden sich auch mehrere Kitas, Spielplätze, Freizeitflächen und öffentliche Treffpunkte. Bei einer Hofversammlung in der Schafgasse, zu der die Stadtparlamentsfraktion der DKP/Linke eingeladen hatte, kamen zahlreiche Hinweise aus der Einwohnerschaft zusammen, die ein umfassendes Bild vom Ausmaß der Plage zeichnen. Beklagt wurde vor allem, dass es offenbar bei der Stadtverwal-

tung kein Problembewusstsein, kein Konzept und keine Hilfsbereitschaft gibt. Ämter sind – was auch in anderen Zusammenhängen schon oft beklagt wurde – telefonisch oft schwer erreichbar. Stadtwerke, Umweltamt und Ordnungsamt schieben sich gegenseitig die Zuständigkeit zu. Es gibt keine klar genannte Anlaufstelle. Aussagen wie „Sie müssen den Schädlingsbekämpfer selbst bezahlen, wenn wir ihn beauftragen“, „Wo Menschen sind gibt es immer Ratten. Was sollen wir da machen?“ sind wenig hilfreich. Es sollte auf der Homepage der Stadt eine schriftliche Information darüber geben, wie man sich verhalten sollte, um Rattenbefall vorzubeugen, und wie man sich bei Rattenbefall verhalten sollte. Andere Städte haben so etwas (z.B. Weiterstadt). Die Info sollte – wie auch die Hinweise zur Mülltrennung - in mehreren Sprachen verfasst sein. Nicht unerheblich ist auch die Reinigung und Pflege von

Bachläufen, die in letzter Zeit vernachlässigt wurde. Der Geräthsbach z. B. ist von Büschen, Bäumen und anderen Pflanzen zugewuchert, die zum Teil ins Wasser hängen. Hier sammeln sich große und kleine Feststoffe. Auch liegt einiges an Unrat im Bachlauf und am Uferbereich. Das bietet gute Lebensräume für Ratten, die auch in die angrenzenden Wohngebiete wandern. Die DKP/LL wird das Thema in



der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache bringen, ein Antrag dazu ist schon unterwegs.

Stadtgeschichten



Vor 50 Jahren: Der erste Wochenmarkt in Mörfelden wird eröffnet.



Am 5. Oktober 1974 hatte die DKP in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden die Einrichtung eines Wochenmarktes beantragt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und am 7. Juni 1975 wurde der Markt auf dem Mörfelder „Dalles“ eröffnet. Damals konnte man im „Blickpunkt“ lesen: „Nachdem auf dem Markt 10 Eier für 1,50 DM (0,77€) angeboten wurden, gab es beim in-market einen Preissturz – er bot 10 Stück für 1,25 DM (0,64€) an. Auch das ist ein kleiner Erfolg des Mörfelder Marktes“.

Heute schmücken sich der scheidende und der kommende Bürgermeister mit dem Erfolg des Wo-

chenmarktes in Internet und Presse. Auf der Internetseite der Stadt freut sich Bürgermeister Thomas Winkler: „Wir gratulieren zum 50. Geburtstag beider Wochenmärkte. Jeder Einkauf ist eine Investition in Frische, Fairness und Regionalität“, während Amtsnachfolger Karsten Groß sinniert: „Der Markt ist mehr als nur ein Ort zum Einkaufen. Er ist Begegnungsstätte, sozialer Treffpunkt, und für viele Bürgerinnen und Bürger ein Stück Heimat.“

Ihre Vorgänger vor 50 Jahren sahen das nicht so. Im „Blickpunkt“ Nr. 54/Juni 1975 konnte man lesen: „Der Magistrat nahm von der Eröffnung kaum Notiz. Während bei ähnlichen Anlässen die Musik spielt und eine Eröffnungsrede gehalten wird, wurde (im Gegensatz zu Walldorf)

der Markt in Mörfelden im Grunde offiziell überhaupt nicht eröffnet. Man kann sicher sein, wäre der Markt von der SPD vorgeschlagen worden, dann wäre diese neue Einrichtung mit 'Glanz und Gloria' der Öffentlichkeit vorgestellt worden. So aber ließen sich die Stadtoberen nicht sehen.“

Im Jubiläumsjahr 2025 soll das anders werden. Die Stadtoberen gaben bekannt: „Nach den Sommerferien gibt es dann zwei kleine Feste mit verschiedenen Aktionen. Neben musikalischer Unterhaltung und einem Markt-Quiz für die Besucherinnen und Besucher gibt es besondere Jubiläumsangebote“.

Ob es dann auch wieder 10 Eier für 77 Cent geben wird?

MöWa Links

Offenes Treffen für alle, die sich für linke Politik und gesellschaftliche Themen interessieren. Bringt eure Ideen ein und lasst uns einen lebendigen politischen Treffpunkt in Mörfelden-Walldorf schaffen!

Freitag, 15. August 2025 - 19:00 Uhr **Eintritt frei**



dkp-mw.de



youtube.com/dkpmoewa



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:



Unser Lexikon

Schbrisch

Die best' Kranket
daucht nix.